



Interviews

Datum: 19.01.2024

Reem Alabali-Radovan, SPD, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Mitgehört hat die SPD-Politikerin und Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Einen schönen guten Morgen auch Ihnen.

Reem Alabali-Radovan: Guten Morgen!

Barenberg: Sie haben es gehört, was Herr Throm gesagt hat. Ein wesentliches Argument lautet, die Staatsangehörigkeit wird auf Dauer und auf ewig verliehen, und dafür bieten die neuen Regeln keine Gewähr. Was antworten Sie Herrn Throm?

Alabali-Radovan: Ehrlich gesagt, finde ich, ist es ein Affront gegenüber den Einbürgerungsbehörden, denn die Voraussetzungen für die Einbürgerung sind auch mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die wir heute im Bundestag auf den Weg bringen, weiterhin sehr hoch. Es gilt weiterhin, dass man gute Deutschkenntnisse vorlegen muss, dass man den eigenen Lebensunterhalt sichern muss, dass man sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen muss. Da haben wir sogar noch nachgeschärft. All diese Dinge gelten weiterhin und die Einbürgerungsbehörden prüfen das genauso. Ob nun nach acht Jahren oder jetzt schon nach fünf Jahren sind die Prüfungsprozesse und die Voraussetzungen genau gleich hoch.

Barenberg: Herr Throm hat auch gesagt, dass der Trend eigentlich in eine andere Richtung geht, weil Staaten, die dort lockerer waren, die machen gerade eine Kehrtwende. Frankreich hat er erwähnt und andere Staaten, die das jetzt gewissenhafter prüfen und die Regeln verschärfen. Warum sollen wir in die andere Richtung gehen?

Alabali-Radovan: Das sind einzelne, ganz aktuelle Beispiele, die wir jetzt auch weiterverfolgen müssen. Aber im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit modernen Einwanderungsländern wie Kanada, wie die USA mit dem aktuellen Staatsangehörigkeitsrecht weiter

hinten und wir wollen ja ein modernes Einwanderungsland werden. Wir wollen vor allem auch um Fachkräfte aus dem Ausland werben, die wir dringend brauchen, und dazu gehört auch ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und die Perspektive, dass man schon auch nach fünf Jahren, wenn man alle Voraussetzungen erfüllt, deutscher Staatsbürger werden kann.

Barenberg: Wenn Sie das so schildern, dann frage ich nach: Dass die Einwanderung erleichtert werden soll hat auch den Grund, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass wir auf Einwanderung angewiesen sind, auch weil es einen wachsenden Fachkräftemangel gibt? Es gibt auch einen ganz praktischen Grund für diese neuen Regeln?

Alabali-Radovan: Ganz genau. Das ist der eine zentrale Baustein, dass wir attraktiver werden auch für Fachkräfte aus dem Ausland. Und das andere ist, dass wir einen großen Teil der Bevölkerung haben, die noch nicht deutsche Staatsbürger sind, und ich finde es persönlich nicht gut, wenn die Wohnbevölkerung auseinanderklafft mit der Wahlbevölkerung. Es sind rund 14 Prozent der Bevölkerung, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Das heißt, sie können nicht wählen, sie können nicht gewählt werden, sie können nicht politisch teilhaben, obwohl sie schon teilweise über zehn Jahre hier leben. Auch dem gehen wir nach. Ein Hauptgrund dafür ist, dass wir bei vielen Menschen die Mehrstaatlichkeit nicht akzeptieren. Das heißt, dass die doppelte Staatsbürgerschaft für bestimmte Menschen bisher nicht möglich war. Auch das ändern wir endlich. Das heißt, die doppelte Staatsbürgerschaft ist generell dann für alle möglich, die es möchten.

Barenberg: Wenn wir den Kritikern folgen, bedeutet das auch, das ermöglicht anderen Staaten, ausländischen Staaten mehr Einfluss in Deutschland. Was antworten Sie?

Alabali-Radovan: Das sehe ich nicht so. Auch das muss man kritisch hinterfragen, denn es ist gerade so, dass bei knapp 70 Prozent der Menschen, die jetzt schon eingebürgert werden, eine doppelte Staatsbürgerschaft möglich ist, zum Beispiel bei Menschen, die aus dem EU-Raum kommen, oder bei Menschen, die aus Ländern kommen wie zum Beispiel Iran oder Syrien. Das sind Länder, die ihre Staatsbürger nicht aus ihrer Staatsbürgerschaft entlassen. Das heißt, diese Menschen haben bereits die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft. Es sind wie gesagt schon 70 Prozent und wenn wir den Menschen jetzt unterstellen, dass sie politisch beeinflusst sind aus dem Ausland, das finde ich nicht richtig. Wir legen jetzt nach, dass es bei allen die Möglichkeit gibt.

Barenberg: Zum Schluss, Frau Alabali-Radovan, der Staat soll in Ihren Augen die Hand reichen, damit sich Menschen in unserer Gesellschaft schneller integrieren können, schneller den Pass bekommen. Was hilft das auf dem Papier, wenn die Wartefristen im Moment teils sehr lang sind, bevor man überhaupt einen Beratungstermin für eine solche Einbürgerung bekommt?

Alabali-Radovan: Ja, das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen finde ich auch interessant, dass die Union jetzt so viel über diese Reduzierung der Frist von acht auf fünf Jahre spricht. Wir müssen jetzt genau da herangehen, denn aktuell ist es in vielen Einbürgerungsbehörden so, dass wir sehr lange Wartezeiten haben und dass wir dieser Fristreduzierung gerecht werden müssen. Das werde ich auch angehen als Integrationsbeauftragte. Wir sind im Gespräch mit Ländern und Kommunen. Natürlich hilft da die Digitalisierung, aber das Gesetz erleichtert das auch schon. Zum Beispiel entfällt die Prüfung zum Thema Mehrstaatlichkeit. Das ist schon etwas, was abhilft. Aber wir werden weiter daran arbeiten, dass das dann auch wirklich schnell möglich ist, in den Einbürgerungsbehörden sich einbürgern zu lassen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.